

Abzugspreis:
Bierteljährlich
für Diez 4.50 M.
Bei den Postanstalten
(auschl. Bestellgeld)
4.50 M.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von H. Chr. Sommer,
Diez.

Diezer Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Bahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Anzeigen:

Die einspaltige Zeile
oder deren Raum 3 30
Kilogrammzeile 1 3

Ausgabestellen:
Diez, Rosenstraße 36.
Fernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Richard Hein.

Verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 35

Diez, Montag, den 16. Februar 1920

26. Jahrgang.

Legte Nachrichten.

Entgegenkommen der Entente?

Mz London, 15. Febr. Havas. Die letzten Freitag nach Berlin gelangte Note betreffend die Auslieferung der Schuldigen ist den Prinzipien nach fest. Es ist möglich, daß Frankreich die Erleichterung gewährt bekommt, die Schuldigen vor deutschen Gerichten und deutschen Richtern abzuurteilen. Eine solche Forderung könne Deutschland kaum zurückweisen.

Mz London, 15. Febr. Havas. In der Auslieferungsfrage sind einige Änderungen eingebracht worden, die eine Entspannung der Lage herbeiführen werden.

Mz Paris, 15. Febr. Wie die Morgenblätter melden, wird die Note betreffend die Auslieferung durch den englischen Geschäftsträger in Berlin überreicht werden. Das Schriftstück ist vom Präsidenten der jetzigen Konferenz in London, Lord Grey, unterzeichnet. Der Sonderberichterstatter des Matin erklärt, die Note werde nicht vor Montag abend veröffentlicht werden. St. Brice behauptet im Journal, daß Auslieferungsverlangen sei fallen gelassen worden für sämtliche Angeklagte ohne Ausnahme.

Die Wria-Hage.

Mz Paris, 15. Febr. Wie Bertinax dem Echo de Paris aus London meldet, ist gestern ein unerwartetes Ereignis eingetreten. Wilson ließ den Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens durch Vermittlung des amerikanischen Botschafters in Paris gestern vormittag mitteilen, daß er einen Kompromiß in der Wriafrage nicht zustimmen könne. Er halte an seinem Standpunkt fest, den er im Dezember 1919 eingenommen habe.

Die Auslieferungsfrage.

Verzicht auf die Auslieferung? Die Sonderberichterstatter des Matin und des Echo de Paris, die mit dem Ministerpräsidenten Millerand nach London gegangen sind, stellen fest, daß die verfügbare Art, die Lloyd George gegenüber Deutschland in Zukunft anzuwenden gedenke, in der Auslieferungsfrage und in der Frage der Auslieferung Kaiser Wilhelms den Sieg davongetragen habe. Im Laufe des Samstags sollte der deutschen Regierung von dem französischen und englischen Geschäftsträger eine Note überreicht werden, wonach die Aburteilung der Angeklagten in der von Deutschland vorgeschlagenen Weise auf Grund des Gesetzes, das die Nationalversammlung beschlossen hat, angenommen werden wird. Nach dem Echo de Paris scheint es sogar wahrscheinlich, daß eine Unterscheidung zwischen den Leuten gemacht wird, die Befehle erteilt haben, und denen, die sie gezwungenermaßen ausführen mußten. Beide Blätter betonen, Deutschland dürfe aus diesem Entgegenkommen nicht etwa schließen, daß man nunmehr auch annehmen dürfe, man werde bei den andern Friedensbedingungen die gleiche Milde und das gleiche Entgegenkommen walten lassen. Das Echo de Paris sagt, die Einführung dieser Bemerkung sei das einzige gewesen, was Millerand habe erreichen können. Hinsichtlich der Kohlenfrage hat der Ministerpräsident Erklärungen abgegeben, aus denen hervorgeht, daß er, um sein Vorgehen als französischer Ministerpräsident in einer Frage, die den Wiedergutmachungsanspruch allein angeht, zu rechtfertigen, die Behauptung aufstellt, jeder Staat, der den Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet habe, könne einzeln auf Erfüllung von Forderungen bestehen, die ihn angehen. Bezeichnend ist allerdings, daß Millerand auf die Frage, ob er bei den Androhungen über die Verlängerung der Befehlungsfrist in der Rheinlande im Einverständnis mit den Verbündeten gehandelt habe, die Erklärung abgab, er habe als Chef der französischen Regierung gehandelt, als nicht mehr. Hierdurch wird in aller Form die außerordentlich wichtige Frage aufgeworfen, ob eine einzelne Regierung auf Grund des Versailler Vertrags das Recht hat, Forderungen zu stellen und Zwangsmaßnahmen anzubringen, die nach dem klaren Wortlaut des Vertrages eine gemeinsame Maßnahme der verbündeten Regierungen darstellen. In der Frage der Auslieferung des Kaisers soll auch nachgegeben werden. Man will auch hier auf die Auslieferung verzichten, und es scheint, daß die holländische Regierung veranlaßt werden soll, den Kaiser besser zu behandeln, vielleicht seine Internierung in holländisch-Indien zu veranlassen.

Die neue Note an Holland über die Auslieferung des Kaisers ist fertiggestellt. Der Text der Note wurde in London durch die Ministerpräsidenten gutgeheißen und abgehandelt.

Ein holländischer Vorschlag in der Kaiserfrage? Wie aus Zürich gemeldet wird, soll den in London versammelten alliierten Kabinettschefs der Vorschlag Hollands unterbreitet werden, die Internierung des Kaisers auf Schloß Doorn vorzunehmen. Da sich die Londoner Ministerkonferenz vorwiegend mit der Auslieferungsfrage befaßt wird, so soll auch über den holländischen Vorschlag Beschluß gefaßt werden. In politischen Kreisen verläutet, daß der Internierungsplan große Aussicht auf Annahme habe.

Der Chef der Heeresleitung, Generalmajor Reinhardt, hat folgende Fernschreiben an die Oberbefehlshaber der Reichswehrtruppenkommandos gerichtet: „Die amtliche Auslieferungsliste enthält 900 Namen, darunter Hindenburg und fast alle großen Heerführer, außerdem noch über 100 ungenannte Truppenkommandeure usw., insgesamt über 1000 Deutsche. Die Deutschen halten die Auslieferung für unmöglich. Wie man and darf man keine Mitleidsregung zugunsten werden. Es bedarf keiner weiteren Andeutung, daß das deutsche Heer einheitlich auf diesem Standpunkt steht. Die Heeresleitung wird ihn unter keinen Umständen verlassen.“

Die englischen Heerführer gegen die Auslieferung. Die Presinformation erzählt aus London: Die meisten Mitglieder des englischen Generalstabes, sowie die Heerführer während des Krieges, darunter Marshall Haig und Marichall French, haben sich gegen die verlangte Auslieferung der deutschen Armeeführer ausgesprochen, da sie eine solche mit der soldatischen Ehre für unvereinbar halten.

Die Stellung Italiens. Wie der römische Korrespondent des Berliner Tageblatts meldet, wird Nitti in London das ganze Gewicht der Stimme Italiens einlegen, um dem einstimmigen Willen des italienischen Volkes entsprechend die Auslieferungsfrage in einem guten Ende entgegenzuführen.

Lloyd George soll, wie Daily Telegraph berichtet, zu Mitgliedern des Unterhauses gesagt haben: „Meine Herren, verlassen Sie sich darauf, die schuldigen Deutschen werden ausgeliefert und abgeurteilt. Der deutsche Widerstand ist der gleiche wie bei der Friedensunterzeichnung. Im übrigen haben die Verbündeten an der inneren Staatsform Deutschlands nicht das geringste Interesse. Sie verlangen ausschließlich die Erfüllung des Vertrags, an dem es die jetzige deutsche Regierung leider in jeder Weise fehlen läßt.“

Ueber die Londoner Konferenz werden die widersprechendsten Meldungen verbreitet. Einmal heißt es, die Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland sollen außer der Hinabschiebung der Befehlungsfrist für die Rheinlande auch noch eine Ausdehnung dieser Befehlungsfrist vorsehen. Andererseits berichtet die Presinformation aus London: Millerand hat der englischen Regierung vorgeschlagen im Falle der Nichtauslieferung der angeforderten Deutschen strenge Maßnahmen gegen Deutschland zu ergreifen und hierbei die Einstellung der Rüstungsimporte der Kriegsgefangenen, sowie die Sperrung der Lebensmittelzufuhren und eine strenge Abschließung zwischen dem besetzten und unbefetzten Deutschland in Vorschlag gebracht. Wie berichtet wird, hat die englische Regierung aber erklärt, diese Vorschläge nicht in Erwägung zu ziehen, da diese das Prestige der Entente in der Welt herabzusetzen geeignet wären.

Freiherr v. Versner erklärte zu den von der französischen Presse gebrachten Meldungen einer bevorstehenden Befreiung des Ruhrgebiets und anderer deutscher Gebiete: „Seit dem 10. Januar ist es ausgeschlossen, daß die Alliierten oder eine der Mächte auch nur einen Fuß breit deutschen Landes besetzen. Es war der erste Erfolg, den wir in Paris erreichen konnten, daß die Alliierten, die sich in dem Schlupfloch auch für die Friedenszeit das Besatzungsrecht ausbedingen wollten, hierauf verzichten mußten. Das war neben der Heimendung unserer Gefangenen der Hauptbeweggrund der Regierung zur Inkraftsetzung des Friedensvertrages von Versailles.“

Im englischen Unterhause wurde ein liberaler Antrag auf Revision des Friedensvertrages und der Abkommen mit Frankreich, Italien und den Vereinigten Staaten mit großer Mehrheit abgelehnt. Dagegen erklärte Lord Curzon, der englische Minister für auswärtige Angelegenheiten, im Oberhaus u. a.: Die Personen, die den Frieden zustande gebracht hätten unter den gegebenen Umständen geleistet, was möglich war; die Zukunft erwerbe es erweisen, ob sie recht oder unrecht gehabt hätten. Kein einziger von denen, die das Friedensabkommen schlossen, betrachte seine Arbeit als heilig und unüberlebar, und er glaube, daß sie alle bereit seien, im Lauf der Zeit wichtige Änderungen in dem Abkommen vorzunehmen. Wenn Deutschland bereit sei das Abkommen trenn und redlich auszuführen, werde England sein Neupferstücken tun. Deutschland bei der Erfüllung der Verpflichtungen zu helfen und es zu unterstützen, seinen Platz in dem Kreis der zivilisierten Nationen wieder einzunehmen.

Der Kaiserprozess. Wie Renter vom 14. Febr. aus London meldet, wurde in der Vormittagsitzung des Obersten Rates die Antwort an die holländische Regierung bezüglich der Forderung auf Auslieferung des deutschen Kaisers beraten. Es verlautet, daß die Antwort, die noch am Nachmittag aufgesetzt werden sollte, erklären wird: „Abgesehen von anderen Erwägungen sei es nicht ratsam, daß der Friede Europas dadurch gefährdet würde, daß dem Kaiser erlaubt würde, an seinem gegenwärtigen Aufenthaltsorte zu verbleiben. Im Interesse Hollands wie in dem der übrigen europäischen Länder müsse dieser Standpunkt in Erwägung gezogen werden.“

Aburteilung in Deutschland? Aus italienischen Kreisen wird der Agence Havas gemeldet, daß die Londoner Konferenz beschlossen habe, die „Schuldigen“ unter Kontrolle der Alliierten in Leipzig aburteilen zu lassen. Man würde also auf die Auslieferung verzichten und die durch die Deutschen am 15. Januar gemachten Vorschläge mit einigen Änderungen annehmen. Nach anderer Meldung des Temps soll gegen die von Frankreich verlangten Personen in Paris vom 2. Mai ab verhandelt werden. Während die Prozess in London nicht vor dem 1. Juni, nach Abschluß des Kaiserprozesses, beginnen sollen.

Auch Scheidemann und Erzberger? Nach einer Meldung des Corriere della Sera würden in Paris weitere Auslieferungsfordernungen an Deutschland gestellt. Man beabsichtigt, die deutschen Politiker anzufordern, die die deutsche Regierung zur Annexion, zur Deportation und zur Verschlagnahme von privaten Werken aufgeführt hätten. Der Corriere della Sera deutet an, daß auch Scheidemann und Erzberger auf diese Auslieferungsliste kommen werden.

Englisch-französische Meinungsverschiedenheiten. Der Berliner Vertreter der Times gibt einen Überblick der französischen öffentlichen Meinung hinsichtlich

der Auslieferungsfrage. Seine Schlussfolgerung ist, daß, wenn der Verband aus Friedensliebe nachgäbe, der ganz Friedensvertrag auseinanderfallen würde. Der Versailler Vertrag sei aber der Rettungsanker der Menschheit. (1) Antifranzösische England und Frankreich beständen jetzt Mißverständnisse. Frankreich empfinde es sehr unangenehm, daß die britische Presse sich aus Italien große Geschichten über die französischen Schloßbesitzer in Syrien telegraphieren läßt. Gleichzeitig aber werde England durch die Meldungen in der französischen Presse über gewisse Schwierigkeiten Englands schwer gereizt. Solange diese Mißverständnisse nicht beseitigt seien, die teilweise einem Mangel an Offenherzigkeit, teilweise dem Mangel einer selbständigen wohlüberlegten Politik entsprängen, werde die rechte Verständigung ausbleiben.

Rückschau.

Die volle Schwere des Friedensvertrages kommt immer mehr zutage. Was Deutschland bereits unter dem Druck der Bedingungen geleistet hat, was es geopfert hat, das sagte kürzlich der Minister des Innern, um dem Gerede eines Teiles der früheren Gegner, daß Deutschland seine Pflichten nicht erfülle, die Spitze abzubrechen. Jetzt ist die Entente an Deutschland herangetreten und verlangt die Auslieferung der „Schuldigen“. In den umfangreichen Auslieferungslisten finden sich nicht nur die Namen der Heerführer, U-Boot- und Kreuzerkommandanten, Krieger usw., sondern auch Hunderte von Namen einfacher Soldaten, Unteroffiziere, Ärzte usw., denen Mißhandlungen, Nachlässigkeiten und ähnliches vorgeworfen werden. Die deutsche Regierung wußte ganz genau, daß das raue Kriegshandwerk aus den Menschen keine Engel macht, sondern sie eher zu Ungeheuerlichkeiten verleitet. Sie hat deshalb das Recht zur Verfolgung von Kriegsverbrechen geschaffen. Sie stellt sich nun auf den Standpunkt: Deutsche gehören vor deutsche Gerichte, und hat die Entente diesen Standpunkt auch erkennen lassen. Die deutsche Regierung hat sich sogar bereit erklärt, bei der Verhandlung gegen die von der Entente angeklagten Männer als Beistitzer Vertreter der einzelnen Länder zuzulassen. Aber ausliefern will sie nicht. Und in diesem ihrem Willen hat sie das ganze deutsche Volk in einer lange nicht gezeigten Einigkeit hinter sich. In dieser Frage scheiden für das deutsche Volk alle Trennungen durch politische oder religiöse Anschauungen aus. In Tausenden von Kundgebungen hat das deutsche Volk gegen die Auslieferung protestiert.

Und scheinbar findet dieses Aufbäumen des deutschen Ehrgefühls Verständnis im Auslande. Es heißt, daß England, Italien und die Vereinigten Staaten zum mindesten zu einem Gedankenaustausch über die Auslieferungsfrage bereit sind. Namentlich die letzteren dürften noch ein gewichtiges Wort mitreden, wenn es gelingt, die Schwierigkeiten, die der Ratifikation in Washington noch entgegenstehen, zu beseitigen. Auch aus dem neutralen Auslande kommen Stimmen gegen die Auslieferung.

Die abgelaufene Woche hat auch den Verlust der nördlichsten Zone von Schleswig gebracht. Das bedeutet einen Gebietsverlust von 300 000 Hektar, wovon 750 Proz. Ackerland, 12 Proz. Wiesen und 3,5 Proz. Waldbestand sind. Zugleich gerät eine deutsche Minderheit, die etwa 25 Proz. der gesamten Bevölkerung ausmacht, unter die dänische Herrschaft, obwohl man im Osten polnische Minderheiten, die viel kleiner sind, von der deutschen Herrschaft „befreit“. Die Abstimmung in der zweiten Zone wurde vom 7. auf den 14. März verschoben. Offensichtlich nähern die Deutschen diese Zeit ebenso auf aus, wie es die Dänen tun wollen.

Der Schluß der Woche brachte einen neuen Schlag gegen Deutschland: die französische Kohlennote. Die deutsche Regierung übermittelte der Öffentlichkeit eine energische Gegenerklärung. Die Angelegenheit ist damit natürlich noch erledigt. Aus den Auslassungen der französischen Presse und Meldungen der neutralen Zeitungen läßt sich erkennen, daß der Kampf der nächsten Zeit wohl um das Rheinland gehen wird. Das als Kompensation für die Nichterfüllung der von Frankreich geforderten Leistungen dienen soll. So schreibt die Kopenhagener Zeitung Berlingske Tidende zu den französischen Absichten auf das linke Rheinland und zu der Auslieferungsfrage u. a.: Millerand rückt die Kohlenfrage als eine rein französisch-deutsche Frage in den Vordergrund. Durch diesen Schachzug sicherte er Frankreich die Möglichkeit, Deutschland gegenüber auf eigener Faust, unabhängig von Lloyd Georges Haltung, in der Auslieferungsfrage, vorgehen zu können. Millerands Absichten sind deutlich, zumal da er einen Mann nach London mitgenommen hat, der mit größter Energie darauf dringen wird, Frankreich die Mengenzone zu verschaffen. Doch die Auslieferungsfrage ist damit nicht gelöst. Sie läßt sich überhaupt nur auf gutlichem Wege dadurch lösen, daß die Alliierten ihre Auslieferungsfordernung auf irgend eine Weise fallen lassen. Dadurch wird aber die Frage nach Kompensationen in den Vordergrund gerückt. Und da wird man sicher wieder der Rheinfrage begegnen.

Es werden wieder sehr schwere Tage kommen, das ist zweifellos. Und dazu ist es nötig, daß die jetzt geschlossene Einigkeit des deutschen Volkes anhält, damit die Regierung einen festen Rückhalt hat.

Der Völkerverbund.

Die Verhandlungen in Washington. Senator Lodge hat formell dem Senat die 14 republikanischen Vorbehalte zum Völkervertrage eingebracht, damit darüber verhandelt werden kann. Die Demokraten haben acht Vorbehalte angenommen und über vier weitere ist eine Einigung erzielt worden. Es bestehen also nur noch über zwei dieser Vor-

behalte Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Parteien, und zwar über den Artikel 10, den sogenannten Garantierartikel, und über die Monarchie. Die Verhandlungen über den privaten Besprechungen geführt, und man hofft, zu einer Einigung zu gelangen, wenn der Vertrag nächste Woche zur Verhandlung kommt.

— **Englische Hilfe für Mitteleuropa.** Im englischen Unterhause erklärte Chamberlain, mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Hilfeleistung für Mitteleuropa sei die britische Regierung bereit, neben den bereits bewilligten 12,5 Millionen Pfund Sterling einen weiteren Betrag beizusteuern, der nicht mehr als die Hälfte der von den Vereinigten Staaten beigesteuerten Summe ausmache und 10 Millionen Pfund Sterling nicht übersteigt. Er vertraue darauf, daß die anderen alliierten und neutralen Regierungen zustimmen werden, um der verzweifelten Notlage Mitteleuropas abzuhelfen. Die bewilligten Mittel würden dazu verwendet werden, die Gütererzeugung und den Gütertransport zwischen den verschiedenen europäischen Staaten zu beleben, um sie in den Stand zu setzen, sich selbst zum Leben zu erhalten.

— **Ueber die englisch-französischen Beziehungen** sagte der französische Ministerpräsident Millerand: „Die enge Vereinigung, die England und Frankreich im Kriege zusammenhielt, wird auch im Frieden zum Heil und Segen der beiden Staaten andauern.“

— **Forderung der letzten deutschen Schiffe.** In Berlin ist eine Entente eingetroffen, in der auf Grund des Friedensvertrags die Auslieferung des Restes der Handelsflotte gefordert wird. Die Note enthält Einzelheiten der Auslieferung.

Der Kampf gegen den Bolschewismus.

— **Bolschewistische Angriffe in Asien.** Der Berichterstatter des Senats meldet aus Washington, die Regierung der Vereinigten Staaten habe Nachrichten von einer bevorstehenden allgemeinen Erhebung der Koreaner gegen Japan erhalten. Auch gegen Indien sei eine große bolschewistische Offensive geplant.

— **Wilson gegen ein unabhängiges Litauen.** Das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten veröffentlicht einen Brief Wilsons, in dem dieser sich weigert, die Unabhängigkeit Litauens anzuerkennen. Der Brief ist an den litauischen Nationalrat in Washington gerichtet. In einem Begleitschreiben sagt Lansing, er freue sich, offiziell mit dem Rat in Verbindung zu treten.

Aus dem besetzten Gebiet.

— **Zulassung deutscher Gesetze.** Die Interalliierte Rheinlandkommission in Coblenz hat gegen die Anwendung folgender Verordnungen des Reiches im besetzten Gebiet keine Einwendungen erhoben: Reichsverordnung vom 8. Februar 1919 über soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge; Reichsverordnung vom 27. November 1919 über Sondergerichte gegen Schleißhandel und Preistreibeien, freigegeben unter Vorbehalt der Beachtung der Artikel 1 und 2 der Justizverordnung der Kommission vom 10. Januar 1920. Grundsteuererhöhrungsgezet vom 12. September 1919 mit Ausführungsbestimmungen vom 23. September 1919. Gesetz über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 vom 10. September 1919. Gesetz über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs vom 10. September 1919. Gesetz über Ausführungsbestimmungen vom 25. September 1919. Erlaß des Rates der Volksbeauftragten vom 3. Dezember 1919 nebst Ergänzung hierzu vom 21. Dezember 1918 betreffend Gewährung von Straffreiheit und Strafmilderung, sowie der Erlaß des Rates der Volksbeauftragten vom 7. Dezember 1918 betreffend eine militärische Amnestie. — Die amerikanische Behörde hat eine Reihe von Verordnungen teilweise zur Ergänzung der Verordnungen der Interalliierten Rheinlandkommission vom 10. Januar erlassen, von denen folgende erwähnenswert sind: Alle Beschränkungen über den Verkauf von Alkohol an Personen, die nicht den Besatzungstruppen angehören, werden aufgehoben. Die Vorführung unanständiger Bilder in Lichtspielhäusern oder andern Vergnügungstätten ist verboten, ebenso der Verkauf oder das Schenken anständiger Bilder, Postkarten usw. an Mitglieder der amerikanischen oder verbündeten Truppen. Keine Person im amerikanischen Militärdienst darf ohne die Genehmigung des kommandierenden Generals heiraten. Das Verbot militärischer Uebungen in den Schulen bleibt in Kraft. Die Befehle über Empfänge deutscher Kriegsgefangener bleibt bestehen. Alle Befehle für die Ueberwachung des bürgerlichen Verkehrs, ausgenommen im Stadtteil Coblenz, für Straßenbahnen, Kraftwagen, Wagen werden aufgehoben.

— **Ministerpräsident Dirsch** ist von seiner Rheinlandreise, die er in Begleitung von vier preussischen Staatsministern unternommen hatte, zurückgekehrt. Er äußerte einem Mitarbeiter des Wolff-Büros gegenüber u. a. folgendes: Wir haben uns bemüht, die Stimmung im Lande kennen zu lernen. Zwei Erkenntnisse möchte ich vor allem festhalten, einmal: die rheinische Bevölkerung leidet unter der Herrschaft der Besatzungstruppen ganz außerordentlich schwer. Der seelische Druck, der auf ihr lastet, ist auf die Dauer unerträglich; und ferner: die überaus starke Belastungsprobe, der die vaterländische Meinung der Rheinländer in dieser Zeit der Fremdherrschaft ausgesetzt ist, ist von der Bevölkerung bisher glänzend überstanden worden. Ich habe zu meiner aufrichtigen Freude feststellen können, daß die ganze gewaltige Welle der Rheinländer den separatistischen Strömungen immer deutlicher abtrifft. Alle Beteuerungen der Sonderbündler, die die Bevölkerung glauben machen wollten, daß sie nur gegen das reaktionäre Preußen kämpften, aber den deutschen Charakter der Rheinlande nicht antasten wollten, können heute niemanden mehr über den wahren Sachverhalt hinwegführen. Wir haben weiter gesehen, daß die Politik der Franzosen äußerst gescheit ist, und daß sie entsprechende Gegenmaßnahmen notwendig macht. Die preussische Staatsregierung ist fest entschlossen, alles zu tun, um jeden Rest der Mißstimmung in den Rheinlanden zu beseitigen. Sie wird dafür sorgen, daß es in dieser Hinsicht nicht bei den Versprechungen bleibt. Ich habe deshalb Auftrag gegeben, alle Wünsche in Form einer Denkschrift nach Weffert getrennt zusammenzustellen. Das Staatsministerium wird unverzüglich zu ihrer Stellung nehmen und teilweise auch in gemeinsamer Sitzung mit der Reichsregierung die notwendigen Entschlüsse treffen. Allgemein hat man in den Rheinlanden verlangt, daß wir öfter herüber kommen, um den fränkischen Gedanken Austausch mit der dortigen Bevölkerung zu sichern. Ich hoffe, daß, wenn wir das nächste Mal im Rheinlande sein werden, man drüben bereits gesehen haben wird, daß in Berlin alles getan wird, um den rheinischen Brüdern in dieser schweren Zeit nach Kräften zur Seite zu stehen.

Deutschland.

— **Die Abstimmung in Schleswig.** In unterrichteter Sache in Berlin wird das Abstimmungsergebnis in der ersten Zone Schleswigs als glänzend bezeichnet. Wenn die Dänen eine überwiegende Mehrheit darzustellen, so darf man deshalb noch lange nicht die Nordmark verloren geben. Man hat die feste Überzeugung, daß die zweite Zone allgemein deutsch stimmen wird, ja man rechnet damit, daß nur ein ganz geringer Bruchteil der Stimmen auf Dänemark fallen wird. Auf diesem Glauben baut sich die Hoffnung auf, daß auch die erste Zone noch nicht ganz verloren ist. Die Städte Lönner und Hoher haben deutsch gestimmt. Diese Tatsache muß von der Entente berücksichtigt werden. Deswegen ist es nicht richtig, wenn in der Öffentlichkeit von dem Verlust der Nordmark gesprochen wird. Staatskommissar Köster äußerte, es käme jetzt nur darauf an, auf Grund des Abstimmungsergebnisses die neue Grenzlinie zu fordern, die nördlicher als die Kiawische verläuft.

Vermischte Nachrichten.

— **Der Silberpreis.** Die Reichsbank hat den Verkaufspreis für Reichsilbermünzen auf das Nächstste des Nominalewertes erhöht, so daß die Reichsbankbanknoten und alle Reichsbankstellen und Postanstalten nunmehr für ein Einmünzstück 8 Mark, für ein Zweimünzstück 16 Mark, für das alte Talerstück aufgrund seines höheren Feingehaltes 26,50 Mark bezahlen. Bei abgenutzten Münzen wird ein entsprechender Abzug gemacht. (Der private Handel mit Münzen und Barrensilber, der in letzter Zeit bekanntlich außerordentlichen Umfang angenommen hatte, ist, worauf noch einmal hingewiesen sei, verboten. D. Red.)

Aus Provinz und Nachbargebieten

— **Der Landwirtschaftsminister** beabsichtigt, wie wir hören, in nächster Zeit eine Besichtigung der durch das Hochwasser besonders geschädigten Gebiete.

— **Montabaur, 13. Febr.** Der Vorsitzende des hiesigen Kreisbauausschusses richtet an die Bürgermeister der bejerten Gemeinden die Kreise Unterweßern, Weßern, Nörtenberg und Limburg die dringende Aufforderung, in ihren Gemeinden für Vliesierung des Brotgetreides zu sorgen. Bis jetzt ist durch die Vliesierungen im Wirtschaftsgebiet der hiesigen Kreisbauverwaltung erst etwa ein Viertel des Vliesierungsfalles ausgebracht worden. Es ist dies eine so geringe Menge, daß mit Störungen in der Brotversorgung besonders zu rechnen ist. Die Bürgermeister der besetzten Gemeinden unseres Wirtschaftsgebietes werden darauf aufmerksam gemacht, daß bei eintretender Knappheit der Vliesvorrate zunächst diejenigen Gemeinden von der Verteilungsfalle kein Mehl erhalten werden, welche mit der Brotgetreideablieferung am meisten im Rückstande sind.

— **Wiesbaden, 13. Febr.** Der Landkreis Wiesbaden hat die den Verkauf eines Braunkohlenbergwerks bei Driedenbergen. Die Kohle soll über 2000 Tonneneinheiten (Kalorien) enthalten und ist für Hausbrand und gewerbliche Zwecke brauchbar. Das Kohlenlager soll 2 Millionen Tonnen enthalten, was bei einer jährlichen Förderung von 100 000 Tonnen eine Ausbeute für 20 Jahre liefern dürfte. Ueber der Kohle liegt ein Tonlager, dessen Wertverlorenheit noch festgestellt werden muß. Zur Behandlung der Angelegenheit wurde eine Kommission mit weitgehenden Vollmachten gewählt.

— **Frankfurt a. M., 14. Febr.** Die Braunkohlengrube und Bräunfabrik „Friedrich“ bei Treis-Dorf (Oderhagen) ist durch Verkauf in den Besitz der Frankfurter Gasgesellschaft für 10 1/2 Millionen Mark übergegangen. Die bisherige Jahresförderung betrug 120 000 Tonnen, ist aber noch weitergehend. Die gewonnene Kohle kann zur Unterfeuerung in den Ofen der Gasanstalt Verwendung finden.

— **Schwanheim a. M., 14. Febr.** Die zu Ehren des bekannten Heimatforschers Dr. W. Koblitz im Schwanheimer Walde errichtete „Koblitz-Hütte“ wurde durch Bubenhand, die bereits ermittelt sind, zerstört.

— **Bad-Homburg b. d. H., 14. Febr.** Die Stadtverordnetenversammlung nahm eine Entschließung an, die gegen die Auslieferung von Deutschen an die Entente aufs schärfste protestiert. Gegen die Entschließung stimmten die beiden sozialdemokratischen Fraktionen.

— **Hingen, 14. Febr.** Der seit zwei Monaten verabschiedete 18-jährige Seminarist Paul Rohrbach aus Frankfurt a. M. ist auf bisher nicht ermittelte Weise in die Fremdenlegation geraten. Der junge Mann hat seinen Eltern eine Karte aus Hingen zugesandt, worin er mitteilt, daß er in der Fremdenlegation sei.

— **Frankfurt a. M., 13. Febr.** Von der Kriminalpolizei und der Sicherheitswehr wurden im Hauptbahnhof und einigen Schieberstraßen der Kronprinzenstraße Streifen spanhaltet, die eine reiche Ausbeute an Schiebern, langgeschätzten Verbrechern usw. brachten. Unter den Festgenommenen befanden sich ein bereits Seiden der Zeit, viele halbblindige Mädchen, blö, arbeitsfaul, in den Wartesälen und den Anzeigen „Anschluß“ suchten.

— **Frankfurt a. M., 13. Febr.** Hier starb nach kurzem schwerem Leiden Graf Erasmus zu Erbach-Erbach im Alter von 36 Jahren. Der Verlebte wurde vor mehreren Jahren bezeichnet, als er mit einem bürgerlichen Mädchen, Rev. Wäckerin Dora Fischer aus Erbach sich verheiratet und deshalb entmündlicht wurde. Zahlreich führte Graf Erasmus dann einen erbitterten Kampf um seine verfallene Ehre, der ihm Sympathie und Achtung vieler Kreise verschaffte.

— **Frankfurt a. M., 13. Febr.** Wie wir hören, läßt das hiesige Landesspolizeiamt seit einigen Tagen eine sehr scharfe Kontrolle über die aus dem besetzten Gebiet eingeführten Wertwaren aus. Große Mengen derselben bereits der Beschlagnahme. — Das „Loch im Westen“ wird durch diese sehr, sehr post festum kommenden Beschlagnahmen nicht mehr zugehört.

Aus dem Unterlahnkreise.

— **Frühlingswetter** glänzte auch am vergangenen Sonntag wieder über den Wäldern und lud zum Spaziergehen ein. Gern und reichlich folgten die Menschen der Einladung und zogen aus den Stuben hinaus in die freie Natur. Unter den wärmenden Strahlen der Sonne rührt sich die Vegetation bereits tüchtig. Die Knospen werden immer kräftiger, an besonders eifrigen Stellen wagen sie sich auch schon die ersten Frühlingsboten hervor, so öffnet die Berberche bereits ihre Blüten.

— **Gramberg-Habenscheld, 17. Febr.** Im abgelaufenen Jahre wurden im Gesamtkirchspiel 32 Paare getraut. An Stelle der Volkswibel überreichte die Kirchengemeinde ein „Prachtstück der dreiteiligen Langbeinchen“. Obel für die Hausandacht, die für jeden Tag des Jahres einen Schatzabschnitt mit Gebet und Weisung vorliest. Hoffentlich gelingt es auch auf diese Weise, wieder zu regelmäßiger täglicher Hausandacht anzuregen. — In Steinsberg feierten am 21. November die Eheleute Landmann Heinrich Wilhelm Meffert und „Anse“, geb. Meffert, das Fest der goldenen Hochzeit. Der

engsten Familienkreis segnete der Ortsparrer das Jubelpaar noch einmal ein und überreichte namens der Kirchengemeinde eine Erinnerungsbibel. — Für die vermissten Krieger fand im Gramberg am Abend des Totenfestes, in Wafenbach am 1. Adventsonntag eine Gedächtnisfeier statt. Die kirchlichen Gemeindeorgane beiderseits beschloßen die Beschaffung von Gedächtnisbüchern für die gefallenen Söhne der Heimat.

Aus Ems und Umgegend.

— **Stadenbesuchung.** Auf die heute Abend im „Mietischen Hof“ stattfindende öffentliche Versammlung der evangelischen Gemeindeglieder wird noch einmal aufmerksam gemacht.

— **Elternversammlung.** Einen recht friedlichen Verlauf nahm die gestern nachmittag in der Schillerstraße abgehaltene Versammlung zur Wahl der Elternbeiräte. In seinen Begrüßungsworten gab Rektor Walzbecker seiner Bewunderung Ausdruck, daß so wenige Eltern erschienen seien, und wies dann auf die gemeinsamen Interessen hin, die Schule und Elternhaus an der Erziehung des Kindes haben. Sodann verlas er die amtlichen Vorschriften und gab dazu kurze Erläuterungen. Bei der Besprechung wurde auf dem Elternkreise der Wunsch geäußert, bei der Aufstellung der Wahllisten eine Einheit zu herstellen, um allen Elternkreisen vorzubeugen. Dieser Anregung wurde allseitig zugestimmt, und es soll in der nächsten Versammlung, die hoffentlich besser besucht sein wird, ein Wahlkreis gewählt werden, der die gemeinsame Kandidatenliste aufstellen soll.

— **Elternbeirat.** Nach einem neuerlichen Erlaß des Ministers kann die Wahl durch das Provinzialschulkollegium oder die Regierung auf einen Termin bald nach Ostern verlegt werden. Die Berechtigung der vielen Einsprüche gegen eine Wahl nach der Ostern ist dadurch zugegeben. Das Provinzialschulkollegium der Provinz Hessen-Nassau hat bereits angeordnet, daß die Wahlen in der ersten Hälfte des Monats Mai abzuhalten sind.

— **Der Geflügelzüchter-Verein** hielt im Vereinslokal „Wacht am Rhein“ seine diesjährige Jahresversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, M. Ebner, hob hervor, daß es unbedingt erforderlich sei, die während des Krieges vernachlässigte Tätigkeit wieder aufzunehmen, um rascher eine Fäher zu züchten. Das Amt als 1. Vorsitzender legte Herr Ebner infolge hohen Alters nieder. Bei der Neuwahl wurden in den Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender Herr M. Jasmund, Stellvertreter Herr Schögl, 1. Schriftführer Herr W. Gies, Kassierer Pol.-Ch. Pacht, Schmidt und als Beisitzer die Herren Liefer und Aug. Schmidt. Der Verein wird nunmehr in rühriger Weise sich betätigen, den Geflügelzüchtern für Futter sorgen und eine Fachzeitschrift halten, die im Vereinslokal offen liegt. Auch an dieser Stelle möchte der Verein um Mitglieber werben. Anmeldungen nimmt der Kassierer jederzeit entgegen.

Aus Nassau und Umgegend.

— **Beschlagnahme** wurden auf dem hiesigen Bahnhof drei Ästen, deren Inhalt als Kessel und deren Abnehmer als ein Hrl. J. St. Kaitbach, 14 angegeben war. Da der diensttuende Beamte wusste, daß die Angabe des Abnehmers falsch war, ließ er die Sendung an, weil er darin Schleibwaren vermutete, und benachrichtigte sofort die Polizei. Die Untersuchung ergab folgenden Inhalt: 100 Kilogramm Kartoffeln, 27,5 Kilogramm frisch geschlachtetes Kalbsfleisch, 11 Kilogramm feingerändertes Schweinefleisch. Die Sache ist bereits der Staatsanwaltschaft vorgelegt. Ferner wurden in einem Hause 150 Pfund feinstes Weizenmehl beschlagnahmt, von dem man vermutet, daß es nach Frankfurt verschoben werden sollte. Eine Beschlagnahme von 50 Kilogramm Butter auf dem Bahnhof dürfte sich, wie wir hören, kaum aufrechterhalten lassen.

Aus Diez und Umgegend.

— **Großes Wohltätigkeitskonzert.** Am Freitag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, findet nunmehr im großen Saale des „Hof von Holland“ das große Wohltätigkeitskonzert zum Besten der durch das Hochwasser Geschädigten hiesiger Familien der Stadt Diez statt. Die großen Künstler des Kass. Staatstheaters in Wiesbaden, Fräulein Gabriele Englerth (Sopran) Professoren Mannsbaed (Klavier) Brückner (Cello) und Violoncellist Victor, haben sich gütigst bereitwillig mitzuwirken und so zweifeln wir keineswegs, daß außer den hohen künstlerischen Genüssen der finanzieller Erfolg gut sein wird, um den Hilfsbedürftigen Mitmenschen eine größere Summe zuzuwenden. Wie wir hören, soll die Kartenverkaufszahl bereits lebhaft einzusetzen haben, und es empfiehlt sich, zeitig seine Plätze zu sichern, die in der bekannten Buchhandlung von Medel zu haben sind.

— **Evangelische Kirche.** Mittwoch, den 18. d. Mts. nachmittags von 2.30 Uhr findet in dem Gasthaus von W. Wagner Nachfolger die Jahresversammlung der kirchlichen Vereine des Dekanats Diez statt, des Gustav-Wolff-Bereins, des Dekanatsmissionsvereins, des Weizenvereins des evang. Kirchenbundes und der deutschen Luther-Stiftung statt.

— **Vaterländischer Frauenverein.** Die jährliche Mitgliederversammlung fand am Dienstag, den 10. ds. Mts., in dem Saal der Gewerbeschule unter dem Vorsitz der Vereinsvorsitzenden, Frau Gabriel statt. In seinem Jahresbericht über die Tätigkeit des Vereins führte der Schriftführer, Stefan Wilhelm aus, daß die Vereinsarbeit nach Lage der Dinge gegenüber den Vorjahren nur eine begrenzte, auf das Notwendige sich beschränkende sein konnte. An Ausgaben für Lebensmittel an Unterstützungsbedürftige wies die Rechnungslegung des Schatzmeisters W. Reinhardt einen Betrag von 232 Mark nach; an Barmittelstützungen einschl. Weihnachtsgeschenken wurden 533,60 Mark verauslagt. Das Vorkommen des Vereins hat sich auf der Höhe des Vorjahres gehalten. Die Mitgliederzahl in Diez ist im Wesentlichen dieselbe geblieben; durch den Wegzug seiner Mitglieder aus Oranienstein erlitt der Verein nur einen kleinen Ausfall. Anstelle der ausgeschiedenen Mitglieder wurden in den Vorstand neu bezw. wiedergewählt: Hrl. E. Hecht, Frau E. Müller, Frau Schmeißer Reich, Frau Schaffner. Wenn wohl die Frage entstehen konnte, ob der Verein, nach dem Zusammenbruch des Vaterlandes noch eine Berechtigung haben, bei der Verschönerung aller Einkommen- und Besitzverhältnisse der Kreis seiner Pflegebefohlenen fast ganz geschwunden sei, so beantwortete sie der Vorstand doch dahin, daß die berechnete Organisation des Vaterl. Frauenvereins aufrecht zu erhalten sei und auch die einzelnen Ortsvereine die Fahne nicht verwerfen dürften. Noch habe er große Aufgaben in Vinerung und Pflege stiller Äußerer und innerer Not. Arme haben wir allzeit bei uns. Neue Aufgaben würden sich gewiß dem Verein aufstehen in der kommenden Zeit großer Not. Auf diese gelte es sich zu rufen und die augenblickliche Uebergangszeit durchzuhalten. Man gab dann der Erwartung Raum, daß die Mitglieder dem Verein die Treue hielten, ja daß es möglich sei, den Kreis derselben zu vermehren. Ein Mitglied der Tätigkeit ist und wird bleiben die Erhaltung der Kleinkinderschule. Der Rechnungsbericht betonte, wie vielle auch den Druck der Zeit zu spüren bekäme. Ihre Ausgaben sind

Dr. I. Jan M. Lippensheimer,